

18. Wahlperiode

## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Andreas Wild**

vom 03. November 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. November 2020)

zum Thema:

**„Covid-19“-Belegung der Intensivbetten in Berliner Krankenhäusern**

und **Antwort** vom 23. Nov. 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Nov. 2020)

Senatsverwaltung für Gesundheit,  
Pflege und Gleichstellung  
- Krisenstab -

Herrn Abgeordneten Andreas Wild

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

## **A n t w o r t**

**auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25453**

**vom 03. November 2020**

**über „Covid-19“-Belegung Intensivbetten in Berliner Krankenhäusern**

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welchen Anteil haben „Covid-19“-Patienten mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft an der Gesamtbelegung der Betten auf Intensivstationen in Berliner Krankenhäusern?
2. Welchen Anteil haben „Covid-19“-Patienten mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft an der Gesamtbelegung der Beatmungsplätze auf Intensivstationen in Berliner Krankenhäusern?
3. Welchen Anteil haben „Covid-19“-Patienten mit Migrationshintergrund an der Gesamtbelegung der Betten auf Intensivstationen in Berliner Krankenhäusern?
4. Welchen Anteil haben „Covid-19“-Patienten mit Migrationshintergrund an der Gesamtbelegung der Beatmungsplätze auf Intensivstationen in Berliner Krankenhäusern?

Zu 1. bis 4.:

Informationen zur Staatsbürgerschaft von an COVID-19 erkrankter Patientinnen und Patienten liegen dem Senat nicht vor.

5. Was unternimmt der Senat, damit sich Bürger mit Migrationshintergrund einer mit der Gesamtbevölkerung vergleichbaren Gesundheit erfreuen können?

Zu 5.:

Mit Blick auf die COVID-19-Pandemie wurde seit Mitte März in der Abteilung IntMig/SenIAS eine mehrsprachige Informationskampagne initiiert. In bis zu 14 Sprachen hat eine schnell einberufene Task Force Informationen, Beiträge und Podcasts zur Corona/ COVID-19, zu Hygienemaßnahmen, zum Schutz oder zu Verordnungen erstellt und über Auswirkungen des Lockdowns auf Familien (Kita- und Schulschließungen), auf aufenthaltsrechtliche Fragen und hinsichtlich der Zugänge zu Hilfspaketen für z.B. Selbständige oder für von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen informiert.

Viele dieser Informationen finden sich noch immer auf folgender Homepage: <https://www.berlin.de/lb/intmig/service/corona-info>

Diese Informationen wurden auch über Social-Media-Kanäle mehrsprachig direkt in die verschiedenen Communities hinein kommuniziert. Das Willkommenszentrum Berlin nutzt hierzu auch eine eigene [Facebookseite](#). Mit den Projekten „Neu in Berlin“ und „[Neu in Berlin Plus](#)“ (Umsetzung durch den MINOR) wird zudem eine mehrsprachig aufsuchende Informationsarbeit in den sozialen Medien für neu eingewanderte Menschen finanziert.

Seit April 2020 bieten sowohl das **Zentrum Überleben gGmbH** als auch **Xenion-Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte e.V.** eine unabhängige psychosoziale Beratung für Geflüchtete an, die von Quarantäne betroffen sind oder im Zusammenhang mit Covid-19 besonders belastet sind. Die Beratung erfolgt über das Telefon oder per Videoanruf und findet an fünf Tagen in der Woche statt. Beide Träger sind Fachstellen für Traumatisierte und Opfer schwerer Gewalt des Berliner Netzwerkes für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge (BNS) und werden als BNS von der Dienststelle der Integrationsbeauftragten finanziell gefördert.

Die [Seite der Berliner Senatskanzlei](#) hat die Infektionsschutzverordnung inzwischen auch mehrsprachig veröffentlicht. Neben der deutschen Fassung finden Sie die Informationen auch auf Englisch, Polnisch, Russisch, Türkisch und Arabisch. Seit Ende Oktober werden über die Homepage des [Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten](#) in Podcasts zudem mehrsprachige Informationen rings um die Themen der „2. Welle der Pandemie“ verbreitet.

Eine enge Zusammenarbeit besteht auch zwischen der Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration und zahlreichen Migrant/-innenorganisationen. Diese nehmen eine wichtige Rolle ein, wenn es darum geht, Informationen in die Communities hinein zu geben oder auf der anderen Seite den Senat über Fragen, Unsicherheiten und Unklarheiten zu informieren.

Berlin, den 23. November 2020

In Vertretung  
Martin Matz  
Senatsverwaltung für Gesundheit,  
Pflege und Gleichstellung